



STANDPUNKT

focus 4/21
Juli

Partizipative Prozesse und neue Normalität



Igor Andersen
Architekt und Stadtplaner,
Mitglied Geschäftsleitung
und Co-Standortleitung
bei urbaplan.
www.urbaplan.ch

Auch wenn das Raumplanungsgesetz (RPG) Projekten, die zur Ausdehnung des städtischen Raums führen, formell einen Riegel vorgeschoben hat, ändert dies nichts am Bevölkerungswachstum und an der grundsätzlichen Attraktivität der Ballungsräume. Bei der Umsetzung der Vorgaben zur Siedlungsentwicklung nach innen besteht somit eine neue Dringlichkeit, in denjenigen Gebieten tätig zu werden, in denen auch die Baukultur und das Naturerbe gemeinsame identitätsstiftende Werte darstellen. Dieser Ansatz erfordert eine besondere Sensibilität bei der Erarbeitung geeigneter Projekte und eine Veränderung der Vorgehensweisen und der Rolle der politischen Akteure sowie ExpertInnen, die dafür zuständig sind, den Wandel des Raums zu gestalten.

Eine Änderung von Vorgehensweisen wagen: den Dialog durch das Einbringen in Prozesse der Co-Konstruktion über traditionelle Handlungsfelder hinaus öffnen. Will man dabei nicht naiv oder populistisch sein, gilt es zu erkennen, dass die Antwort auf die Herausforderungen nicht in der Summe der Einzelinteressen liegt. Vielmehr geht es darum, eine gemeinsame Sprache zu finden und ein verbindendes Projekt zu schaffen, bei dem Jeder den Standpunkt der Anderen respektiert.

Niemals meinen, es sei zu früh: die Beteiligten bereits bei der Formulierung des

Anliegens einbeziehen. Zahlreiche Projekte scheitern nicht an architektonischen oder städtebaulichen Unzulänglichkeiten, sondern häufig daran, dass das verfolgte Gesamtziel nicht erkannt wird. Wir müssen einen genauen Rahmen abstecken und bereits bei der Erstellung der Pflichthefte die partizipativen Prozesse einleiten! Wir müssen den Beitrag der Beteiligten wertschätzen und dürfen ihre Fähigkeit, komplexe Herausforderungen einzubeziehen, nicht unterschätzen.

Prozesse langfristig antizipieren: So wie sich der Wandel der Stadt nicht auf Pläne reduzieren lässt, bestehen auch die partizipativen Prozesse nicht nur aus den sie begleitenden Verfahren. Die Planung sollte lange dauern, wobei die unvermeidbaren Reibungsverluste im Zusammenhang mit den Verfahren zu berücksichtigen und gleichzeitig auch die Ermüdungserscheinungen und die begrenzten Möglichkeiten der Teilnehmenden zu antizipieren sind, die ihre Zeit freiwillig investieren. Aufgrund des dringenden Handlungsbedarfs wegen des Klimawandels, durch den unsere Lebensweisen grundlegend in Frage gestellt werden, erhalten die mit der Partizipation zusammenhängenden Herausforderungen eine noch grössere Bedeutung. Eine solche Veränderung kann nur gelingen, wenn sie mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen auf der Grundlage geteilter Werte gestaltet wird. Hier bietet sich eine hervorragende Gelegenheit, die eigenen Ansichten zu überdenken: Es gilt, die Transformationen nicht als schmerzhaft zu empfinden, sondern das zu sehen, was sie uns an begeisternden Perspektiven bieten können.

Liebe Leserin, lieber Leser

«Stadt der Beteiligung», die Zweite - vor Jahresfrist publizierten wir an dieser Stelle den «focus» zu diesem Thema hinsichtlich des Städtetages in Thun. Bekanntlich fiel der Anlass der Corona-Pandemie zum Opfer, weshalb wir in diesem Jahr einen neuen Anlauf nehmen. Denn unbestritten ist: Beteiligung bleibt ein zentrales Thema in den Städten, und Thun ist jedes Jahr einen Besuch wert.

Weshalb sind die Beteiligung und der Einbezug der Stadtbevölkerung so wichtig? Wie gelingt dies? Welche Prozesse werden benötigt? Und wie kann die Zivilgesellschaft besser einbezogen werden? Diese und zahlreiche Fragen mehr werden am Städtetag behandelt - und mit dieser Ausgabe des «focus» eingeleitet. Im Standpunkt erläutert Igor Andersen die Bedeutung partizipativer Prozesse aus Sicht eines Architekten. Die Urbanistin Anna Brückmann beleuchtet, unter anderem, den strukturellen Wandel. Raphael Lanz, Präsident der Gastgeberstadt Thun gibt im Interview Auskunft, welche Plattformen Thun seiner Bevölkerung anbietet.

Gute Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Das tut der Gemeinde als Ganzes gut»



Raphael Lanz
Stadtpräsident von Thun

Raphael Lanz ist seit 2011 Thuner Stadtpräsident und seit 2014 Mitglied im Grossen Rat des Kantons Bern. Vor seiner Wahl zum Stadtpräsidenten war der bernische Fürsprecher und Dr. iur. in der Wissenschaft, als selbständiger Anwalt und in verschiedenen Funktionen in der Justiz tätig, zuletzt während 8 Jahren als Gerichtspräsident in Thun.

Der 53-Jährige verbringt seine freie Zeit am liebsten mit seiner Familie, macht gerne Sport und ist passionierter Bierbrauer.

Im letzten Jahr musste der Städtetag aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden, nun sieht alles danach aus, dass er stattfinden kann. Sind Sie erleichtert?

Ja, ich bin vor allem sehr froh, dass generell wieder Veranstaltungen stattfinden können und dass Leben in die Städte und Ortschaften einkehrt. Das ist für die Gemeinden als Ganzes gut, aber auch für jeden einzelnen Menschen. Es macht Freude, die zufriedenen Gesichter respektive Augenpartien bei Anlässen oder in den Restaurants und Cafés zu sehen.

«Es macht Freude, die zufriedenen Gesichter zu sehen.»

Worauf können sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Städtetages freuen?

Auf einen anregenden und spannenden Städtetag zu den Herausforderungen, Chancen und Formen der Beteiligung. Die Vertreterinnen und Vertreter der Städte tauschen Erfahrungen im Bereich der Partizipation und Stadtentwicklung aus und diskutieren sie zukunftsorientiert. Und: Natürlich dürfen sich die Teilnehmenden auch auf Thun freuen...

Bereits letztes Jahr führten wir dieses Interview, danach musste der Städte-

tag aufgrund der Pandemie verschoben werden. Das Thema des Anlasses bleibt unverändert: «Stadt der Beteiligung». Hatte bzw. hat die Pandemie einen Einfluss auf die Beteiligung?

Ja, vor allem im digitalen Bereich. Viele sind nun erfahrener mit Online-Events und digitalen Interaktionsformen. Die Teilnehmenden und Veranstaltenden lernten die Vorzüge dieser Formate kennen und schätzen. Online-Anlässe und deren Partizipationsangebote sind oft niederschwellig. Sie sind zum Beispiel nicht mit Mobilität verbunden, lassen sich dadurch einfacher in den Arbeitsalltag einbinden und fürs Mitwirken ist tendenziell auch die Hemmschwelle tiefer.

«Online-Anlässe und deren Partizipationsangebote sind oft niederschwellig.»

Schätzen Sie diese Veränderungen als nachhaltig oder nur vorübergehend ein?

Ich kann mir gut vorstellen, dass sich Hybrid-Formate durchsetzen werden, also in etwa physische Anlässe, die auch gestreamt werden. So holt man mit verhältnismässigem Aufwand mehr Leute ab. Die Veranstaltung ist inklusiver. Die erhöhte digitale Affinität wird bestimmt bleiben respektive sich weiter steigern.

Welche Plattformen bietet Thun seiner Bevölkerung, sich zu beteiligen?

Wir nutzen in Thun neu eine digitale Partizipationsplattform, welche konstante Beteiligung und Austausch ermöglicht. Zum Beispiel können Interessierte dort Gedanken zur Entwicklung und weiteren Aufwertungen unserer Innenstadt einbringen. Die Möglichkeiten zur Mitwirkung sind bewusst niederschwellig ausgestaltet und sollen damit die breite Öffentlichkeit ansprechen. Die Plattform entwickelt sich durch die Mitwirkungen der Bevölkerung und durch aktuelle Projekte und Themen der Stadt Thun laufend weiter.

«Die Möglichkeiten zur Mitwirkung sind bewusst niederschwellig und sollen damit die breite Öffentlichkeit ansprechen.»

Ich beurteile dieses Format als zeitgemäss. Meines Erachtens gibt es eine Tendenz hin zu Formen, die eine konstante Partizipation ermöglichen und weg von den institutionalisierten, in sich geschlossenen und strukturierten Mitwirkungsverfahren. Diese Art der Partizipation kann für die Stadt als Durchführerin zwar anspruchsvoller sein, eben weil die Beteiligung konstant möglich ist, dafür können aber etwa Stimmungen früher wahrgenommen werden.

THEMA

Städte kollaborativ gestalten

Das Konzept der passiven Zivilgesellschaft, die sich nur beteiligt, wenn sie dazu aufgefordert wird, ist nicht zeitgemäss. Selbstinitiiertes Engagement muss in einem zukunftsgerichteten Partizipationsverständnis eine wichtigere Rolle spielen, neue Strukturen der Co-Produktion von Stadt müssen etabliert werden. Wie können Städte diesen Wandel aktiv mitgestalten?



Anna Brückmann
Urbanistin und
Projektleiterin beim
Verein «Urban Equipe»

www.urban-equipe.ch

Partizipation», «Beteiligung», «Teilhabe», «Mitwirkung»... – nicht nur in der Stadtentwicklung tauchen diese Trendwörter mittlerweile zuverlässig auf. Es braucht Beteiligung, das ist Konsens. Aber es gibt eine grosse Spannweite, wie der Begriff definiert wird und wie Beteiligung in der Praxis aussieht. Vermehrt drehen sich Diskurse in Praxis und Wissenschaft darum, wie partizipative Prozesse zugänglicher und ansprechender gestaltet werden können, wer eingeladen wird, wie digitale Infrastrukturen genutzt werden können usw. Diese Diskussionen sind berechtigt und wichtig, aber sie sind zu kurz gegriffen: Sie beschränken sich weiterhin auf ein Partizipationsverständnis, in dem Städterinnen «be-teiligt» werden.

Mitwirkung ist keine Einbahnstrasse

Ja, es braucht Prozesse, zu denen die Zivilgesellschaft eingeladen wird, in denen Theematiken, Rahmenbedingungen und Mitwirkungskompetenzen klar vorgegeben und strukturiert sind. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass Städterinnen und Städter nicht einfach nur Datenbanken sind, von denen Informationen abgezogen werden, wann und wie sie gerade gebraucht werden.

«Städterinnen und Städter sind nicht nur Datenbanken.»

Insbesondere für und mit organisierten zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren müssen Städte andere konstruktive Wege der Zusammenarbeit finden. Unabhängig davon, ob es um klimagerechte Räume, soziokulturelle und unkommerzielle Treffpunkte, anti-rassistische und anti-sexistische Stadtgestaltung oder gemeinwohlorientierte

Bodenpolitik geht: Vereine, aktivistische Kollektive, Zwischennutzerinnen, Netzwerke etc. gestalten die Stadt bereits eigeninitiativ mit.

Unsere Demokratien – egal auf welchem Massstab – sind auf diese Impulse und dieses beharrliche Engagement angewiesen, um sich wieder und wieder zu demokratisieren, neue Lösungen zu finden und zu testen oder resilienter zu werden. Für zukunftsfähige Städte und Lebenswelten muss die Zivilgesellschaft an der Co-Produktion und -Gestaltung dieser Räume und Prozesse mitwirken können. Echte Kollaboration kann nicht nur «be-teiligt» gedacht werden. Und dafür müssen neue Formen der gemeinsamen gesellschaftlichen Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse entstehen.

«Es müssen neue Formen der gemeinsamen gesellschaftlichen Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse entstehen.»

Verantwortung für unsere Städte gemeinsam tragen

Und ja, das wird uns Ressourcen kosten. Es bedeutet, Unsicherheiten nicht verhindern zu wollen, sondern sie als produktive diskursive Ausgangslage zu verstehen, prozessoffener vorzugehen, mehr zu testen als vor auszuplanen. Es bedeutet, die Verantwortung für unsere Städte gemeinsam zu tragen, Stadtentwicklung als kollaborative Aufgabe zu verstehen und dementsprechend konstruktive Strukturen und Prozesse der Zusammenarbeit zu schaffen. So kann ein zukunftsfähiges Partizipationsverständnis gelebt werden. Intermediäre Akteurinnen können Brücken schlagen zwischen Verwaltung, Politik, Planerinnen, Planern und Zivilgesellschaft und Zugänge zu politischem Handeln ausserhalb der bisher dafür vorgesehenen Institutionen bieten.

Die klassischen Rollen von Verwaltung, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen sind schon seit einiger Zeit im Wandel.

Bis entsprechende Strukturen etabliert sind, ist es aber noch ein weiter Weg. So können Städte erste Schritte machen:

- **Zivilgesellschaftliche Organisationen besser verstehen:** Zivilgesellschaftliche Akteurinnen haben andere zeitliche Abläufe, Arbeits- und Organisationsweisen als Verwaltung und Politik. Diese Unterschiede zu verstehen und Schnittstellen zu schaffen ist der erste Schritt zu Kollaboration auf Augenhöhe.
- **Informationen und Ansprechpersonen anbieten:** Um sich durch den Verwaltungsapparat nach oben zu arbeiten, fehlen oft die Ressourcen. Darum brauchen die Akteurinnen und Akteure Informationen über Handlungsspielräume und direkte (wenn möglich regelmässige) Dialogmöglichkeiten mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern.
- **Spielräume testen und erweitern:** Städte können im Kleinen, in abgrenzbaren Projekten oder temporär neue Strukturen austesten, mehr Spielraum zulassen – und die Erkenntnisse daraus in langfristige Entwicklungen einfliessen lassen.

Städte müssen nicht alles ungefiltert annehmen, was aus der Zivilgesellschaft an sie herangetragen wird. Aber ein sorgfältiger und kommunikativer Umgang miteinander öffnet mittelfristig Wege hin zu einer inklusiveren, vielstimmigeren Stadt.

Praxis-Tipps

Wer besser verstehen will, wie zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure organisiert sind und vor welchen Herausforderungen sie stehen, findet Beispiele und Themenfelder in unserem Handbuch **«ORGANISIERT EUCH!»**.

Wer sich fragt, was zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure konkret helfen würde oder wie Prototypen neuer Prozesse aussehen könnten, findet einige sorgfältig formulierte Vorschläge: So zum Beispiel im Positionspapier **«Kodex Kooperative Stadt»** der «Urbanen Liga», auf der Website der Plattform **«Baustelle Gemeinwohl»** aus Berlin oder der Kampagne zu neuen Bewilligungspraxen **«Platz da!»** vom «Park Platz» in Zürich.

POLITIK

Rückblick auf die Sommersession

In der Sommersession fanden verschiedene Anliegen der Städte Gehör. Der Städteverband begrüsst die Entscheide zur weiteren Pademiebewältigung und zur Förderung erneuerbarer Energien. Ebenfalls positiv bewerten die Städte die Entscheide zur Reduktion von Motorenlärm und zu höheren Steuerabzügen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung.

Pandemiebewältigung

Der Bund soll den öffentlichen Verkehr wegen der pandemiebedingten Ausfälle auch im Jahr 2021 unterstützen. Das fordert das Parlament – gegen den Willen des Bundesrates. Dazu gehört namentlich auch der städtische Ortsverkehr. Der Ständerat nahm eine entsprechende Motion der Verkehrskommission des Nationalrates an. Die grosse Kammer hatte bereits zugestimmt. Für das Jahr 2020 hatte das Parlament bereits Unterstützung für den ÖV gesprochen, nun wird dies auch für das laufende Jahr der Fall sein. Der Städteverband hat sich für dieses Anliegen starkgemacht.

Bei der Revision des Covid-19-Gesetzes hat sich das Parlament auf den Vorschlag der Einigungskonferenz geeinigt. Der Ständerat folgte dem Nationalrat, wonach es keine Ausnahmen für Menschen mit Covid-Zertifikat gibt. Die vom Bundesrat beantragte Verlängerung und Erweiterung der Hilfen war in beiden Kammern unumstritten. Auch die Kulturbranche wird vorläufig wie alle anderen «nur» bis Ende Jahr unterstützt. Anträge für die Festbeschreibung weiterer Öffnungsschritte blieben chancenlos. Eingefügt in die Bundesratsvorlage hat das Parlament folgende Bestimmung: Angestellte mit tiefen Löhnen, die in Kurzarbeit sind, werden statt bis Ende Juni noch bis

Ende Jahr mit zusätzlichem Geld entschädigt.

Erneuerbare Energien einheitlich fördern

Der Nationalrat will erneuerbare Energien ab 2023 mit einmaligen Investitionsbeiträgen fördern. Er hat eine entsprechende Vorlage, die der Städteverband unterstützt, gutgeheissen. Es handelt sich um eine Übergangslösung. Biogas, Kleinwasserkraft, Wind und Geothermie wurden bisher hauptsächlich mit der kostenorientierten Einspeisevergütung (KEV) unterstützt. Die KEV läuft Ende 2022 aus. Die von beiden Parlamentskommissionen angenommene parlamentarische Initiative von Bastien Girod möchte verhindern, dass danach eine Lücke bei den Förderinstrumenten entsteht. In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die Änderungen im Energiegesetz mit grosser Mehrheit an. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Motorenlärm

Nach dem Nationalrat will auch der Ständerat strenger gegen übermässigen Motorenlärm vorgehen. Demnach soll der Bundesrat nun strengere Massnahmen dagegen ergreifen. Er soll etwa aufzeigen, wie Lärm verursachendes Tuning an Autos besser sanktioniert werden kann. Dabei soll der Bundesrat neben höheren Bussen auch den Führerausweiszug, die Beschlagnehmung des Fahrzeugs sowie ein generelles Fahrverbot für besonders laute Fahrzeuge auf gewissen Strecken in Betracht ziehen. Der Städteverband unterstützt die Änderungen: Übermässiger Motorenlärm wurde in den Städten mehr und mehr zum Ärgernis.

Familienexterne Kinderbetreuung

Der Nationalrat hat sich für deutlich höhere Steuerabzüge für die familienexterne Kinder-

betreuung ausgesprochen. Das Gesetz über die direkte Bundessteuer soll gemäss neuem Beschluss so angepasst werden, dass für die familienexterne Kinderbetreuung pro Kind und Jahr bis zu 25'000 Franken abgezogen werden können, maximal aber die effektiven Betreuungskosten. Die Gesetzesänderung geht nun in den Ständerat. Der Städteverband setzte sich für dieses Vorhaben ein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Hohe Betreuungskosten sollen kein Hinderungsgrund für Erwerbstätigkeit und eine Ausweitung des Beschäftigungsgrades sein.

Wirksamer Trinkwasserschutz

Aus Sicht des Parlaments lässt der aktuelle Reinigungsgrad von Abwasserreinigungsanlagen (ARA) zu viele Stickstoffeinträge und Mikroverunreinigungen in die Gewässer und damit indirekt auch in das Grundwasser zu. Der Ständerat hat als Zweitrat diverse Motionen zum Gewässerschutz überwiesen. Ein Vorstoss betrifft den Einbau einer zusätzlichen Reinigungsstufe zur Verminderung von Mikroverunreinigungen in rund 100 der 750 Kläranlagen in der Schweiz.

Nachbessern will der Ständerat auch beim Schutz des Trinkwassers vor Risiken durch Verunreinigungen durch Pestizid-Rückstände. Er hat eine entsprechende Motion angenommen. Demnach sollen Kantone bis 2030 Zuströmbereiche für mehr Grundwasserfassungen als heute ausscheiden müssen. Der Städteverband setzt sich für eine bessere Trinkwasserqualität ein: Da häufig die Gemeinden für die Wasseraufbereitung zuständig sind, sind die Städte direkt betroffen, nicht zuletzt auch finanziell.

Die digitale Verwaltung vorantreiben

Der Städteverband unterstützt die Umsetzung und die Zielsetzungen der neuen **Organisation Digitale Verwaltung Schweiz** (DVS), wie im aktuellen Grundlagenbericht vorgeschlagen. Eine Intensivierung der Kooperation von Bund, Kantonen und Gemeinden ist unabdingbar und dringend für das Vorantreiben der digitalen Transformation auf allen Staatsebenen. Die digitalen Technologien erlauben eine konsequentere Ausrichtung der Dienstleistungen auf alle

Anspruchsgruppen. Die Digitalisierung soll somit deutlich einfachere, hindernisfreie Zugänge zur öffentlichen Grundversorgung und durch Automatisierung einen gebündelten Ressourceneinsatz erlauben.

Die Tatsache, dass die kommunale Ebene in den Organen der DVS systematisch vertreten ist, begrüsst der SSV grundsätzlich. Es ist aber vordringlich, dass ihre Interessen mit dem notwendigen Gewicht und nachhaltig

auf Ebene der neuen Plattform oder allfälligen Nachfolgeorganisationen vertreten sind und wahrgenommen werden. Die DVS muss sich hierzu in der Rahmenvereinbarung verpflichten, die Städte und Gemeinden in geeigneter und den Interessen der urbanen Bevölkerung angemessener Form in die Planung und Umsetzung einzubeziehen.

Weitere Vernehmlassungen unter www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Nein zum CO₂-Gesetz heisst nicht Nein zum Klimaschutz



Der Städteverband bedauert das Nein der Stimmbevölkerung zur Revision des CO₂-Gesetzes vom 13. Juni. Trotz der Enttäuschung:

Das Votum heisst nicht Nein zum Klimaschutz. Nun sind die Städte, die bereits heute enorm viel zur Reduktion der CO₂-Emissionen leisten, noch stärker gefragt. Der Bund muss andere Wege finden, um die städtische Klimapolitik zu unterstützen, wie beispielsweise bei der Förderung der erneuerbaren Energien. Die erste Gelegenheit dazu bietet sich dem Parlament in Kürze: Der Bundesrat hat am 18. Juni die Botschaft für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien verabschiedet.

Neue Schritte sind auch nach dem Nein zur Trinkwasser- und zur Pestizidinitiative nötig: Die Problematik des belasteten Grundwassers bleibt bestehen. Da die Kantone die Trinkwasseraufbereitung häufig auf Gemeindeebene delegieren, sind die Städte direkt betroffen.

www.staedteverband.ch

Pandemie und Steuerreform STAF belasten Städte – Transparenz zwingend



Die langfristigen finanziellen Konsequenzen der Pandemie haben schwergewichtig die Städte und Gemeinden zu tragen – weit mehr als die Kantone. Dies geht aus einer Studie hervor, die PwC Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband publizierte. Die Pandemie verstärkt den Druck auf die städtischen Finanzen deutlich, denn auch andere Faktoren sorgen für düstere Aussichten, allen voran die Umsetzung der Steuerreform STAF, die 2020 in Kraft getreten ist.

Die Studie ergab, dass die Einnahmen bei der Unternehmenssteuer bereits 2020 im Vergleich zum Vorjahr sanken. Dies sind noch keine Folgen der Pandemie – diese verstärken den Effekt zu einem späteren Zeitpunkt –, sondern Auswirkungen der STAF. Diese sind zwar in unterschiedlichem Ausmass spürbar, weil die Umsetzung in den Kantonen stark variiert. Der Städteverband und seine Sektion, die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD, fordern

deswegen zum wiederholten Mal Transparenz: Es braucht ein nationales Monitoring und eine Evaluation zur STAF-Umsetzung und ihren Auswirkungen in den Kantonen. Dazu ist aber zwingend die Mitarbeit von Bund und Kantonen nötig. Nur so lassen sich die finanziellen Auswirkungen für die Städte, Gemeinden und auch die Kantone beziffern.

www.staedteverband.ch

OECD-Steuerreform: Miteinbezug der Städte notwendig



Die G7-Finanzminister haben sich auf eine weltweit gültige Steuer auf digitale Dienstleistungen sowie eine Mindestbesteuerung für

Konzerne von 15 Prozent geeinigt. Auch wenn die Reform noch nicht definitiv ist und sich zunächst die OECD damit beschäftigt, scheint eine Einführung realistisch. Der Bund und die Kantone planen bereits eine Arbeitsgruppe, um mögliche steuerliche Kompensationen für die Unternehmen zu evaluieren. Der Städteverband und die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD) fordern einen Einbezug in diese Arbeitsgruppe, damit die städtischen Anliegen bei der Erarbeitung einer möglichst breit abgestützten Steuerreform rechtzeitig berücksichtigt werden. Denn neue Reformen bergen die Gefahr von neuen interkantonalen Ungleichheiten, wie das Beispiel der STAF eindrücklich zeigt.

www.staedteverband.ch

Corona zeigt Lücken im Sozialsystem auf



Die Coronapandemie zeigt Lücken im Sozialsystem auf; besonders sichtbar wurden diese in den Städten. So lautete das

Fazit der Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik, einer Sektion des Schweizerischen Städteverbandes. Rund 80 Städtevertreterinnen und -vertreter setzten sich am 11. Juni in Lausanne mit den sozialen Auswirkungen von Corona auseinander. U.a. zeigte Monika Bütler, Ökonomin und Mitglied der nationalen Covid-19-Task-Force, auf, dass das verfügbare Einkommen während der Coronakrise bei Geringverdienenden deutlich sank. Als Gesamtfazit konnte dennoch festgehalten werden, dass das System der sozialen Sicherung grundsätzlich funktionierte.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

Förderprogramm Nachhaltige Entwicklung

Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE hat die Projektausschreibung 2021-2022 für das Förderprogramm Nachhaltige Entwicklung zum Thema «ressourcenleichte Gesellschaft» lanciert. Städte, Gemeinden und Kantone können bis am 30. September 2021 Vorschläge für innovative und reproduzierbare Projekte einreichen. Unterstützt werden Projekte, die zur Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beitragen.

www.are.admin.ch

Int. Tag der Demokratie am 15. 9.

Am 15. September ist Internationaler Tag der Demokratie. Im ganzen Land werden private und öffentliche Aktionen in Städten, Gemeinden, Schulhäusern, Vereinen, Unternehmen oder weiteren Institutionen stattfinden. Der SSV ist in der Begleitgruppe. Er ruft seine Mitglieder auf, mit eigenen Aktivitäten auf die Wichtigkeit einer funktionierenden Demokratie aufmerksam zu machen.

www.campusdemokratie.ch

25. Grenchner Wohntage

«Wohnen und Arbeiten - Hand in Hand?» lautet der Titel der Fachtagung der 25. Grenchner Wohntage vom 2. September. Die Fachtagung beschäftigt sich mit aktuellen Entwicklungen im Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und häuslichem Leben sowie ihren möglichen Folgen für die Wohnraumversorgung. Anmeldeschluss ist der 23. August.

www.bwo.admin.ch

Swiss Green Economy Symposium SGES

Das SGES findet am 2. und 3. September 2021 in Winterthur statt, der Themenschwerpunkt lautet «Mit Dialog und Eigensinn zur Nachhaltigkeit». Es will aufzeigen, wie Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und NGOs zu mehr Wohlstand, zum Schutz der Umwelt und zu einem friedlicheren Zusammenleben beitragen können. Am Nachmittag finden zwölf vertiefende Innovationsforen statt, u.a. zum Thema «Smart Cities». SSV-Direktorin Renate Amstutz hält dort das Einführungsreferat.

www.sges.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

26.-27. August 2021 **Städtetag 2021** in Thun
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

19.-21. Januar 2022 **Föderalismus-Seminar - Eine Weiterbildung zu den Grundlagen und zur Praxis des Schweizerischen Bundesstaats** in Schwarzenberg
Information: www.unifr.ch

Sektionen und Arbeitsgruppen des Schweizerischen Städteverbandes

17. September 2021 **Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren - Fachveranstaltung**
Information: Michael Felber, Telefon 031 356 32 32, info@ksfd.ch

17. September 2021 **Städteinitiative Bildung - Herbstkonferenz** in Uster
Information: Departement Schule und Sport der Stadt Winterthur, info@staedteinitiative-bildung.ch

29. Oktober 2021 **Städteinitiative Sozialpolitik - Herbstkonferenz: Armutsbekämpfung in Städten** in Biel
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

Weitere Organisationen

7. Juli 2021 **SIFG-Fachtagung zu «Erscheinungsformen von Jugendgewalt – Hintergründe und Präventionsmöglichkeiten»** in Zürich / Information: www.sfig.ch

25. August 2021 **Webinar - Solarkompetenz für Energie- und Baufachleute in öffentlichen Verkehrsbetrieben**
Information: www.swissolar.ch

31. August 2021 **UV-Tagung 2021 - Schatten und Bildung zum Schutz der nächsten Generationen** in Bern
Information: www.krebsliga.ch

2. September 2021 **Grenchner Wohntage 2021** in Grenchen
Information: www.bwo.admin.ch

2. September 2021 **Tagung - Beteiligung betroffener Personen in der Armutsprävention und -bekämpfung** in Bern
Information: www.gegenarmut.ch

10. September 2021 **PUSCH-Tagung: Naturnah, vielfältig, verbindend – Landschaften für mehr Lebensqualität** in Biel
Information: www.pusch.ch

15. September 2021 **Internationaler Tag der Demokratie**
Information: www.campusdemokratie.ch

19. September 2021 **Solidarökonomie und ökologischer Landbau** in Bern (Verschoben von Juni auf September 2021)
Information: www.unibe.ch

22. September 2021 **Webinar - Arbeitsunfähigkeit, Case Management, Nebenbeschäftigung und Ombudsstellen**
Information: www.personalrecht-tagung.ch

3. November 2021 **Informationsveranstaltung ÖREB-Kataster 2021 «Der ÖREB-Kataster als amtliches Publikationsorgan?!»** in Bern
Information: www.cadastre.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Dominic Blumenthal, Franziska Ehrler, Michael Felber, Martin Flügel, Marlene Iseli, Olivier Keller, Marc Moser, Maja Münstermann, Paul Schneeberger.
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Foto Seiten 1: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch